



Deutsche Nahost-Politik immer unglaubwürdiger

Deutsche Nahost-Politik immer unglaubwürdiger
"Die Haltung der Bundesregierung zum palästinensischen Antrag ist abenteuerlich und zerstört Vertrauen", so Wolfgang Gehrcke, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, zur Abstimmung in der UN-Vollversammlung über den Beobachterstatus der Palästinenser bei den Vereinten Nationen am 29.11.2012. Der Antrag wird von Israel und den USA abgelehnt. Frankreich und weitere EU-Mitgliedsstaaten wollen dagegen zustimmen, während Deutschland noch kein Votum bekannt gibt. Gehrcke weiter: "Es heißt, die Bundesregierung verhandelt noch. Aber es wird weder mit Israel noch den USA gesprochen, um diese von der Notwendigkeit eines konstruktiven Umgangs mit dem Antrag des palästinensischen Präsidenten zu überzeugen. Stattdessen versucht die deutsche Regierung, Frankreich von seinem Ja abzubringen. Der Deal für den französischen Verzicht soll eine 'europäische Enthaltung' sein." Der vorliegende palästinensische Antrag bietet einen detaillierten Plan für Verhandlungen auch mit Israel an, um endlich eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen. Er ist keine 'einseitige Aktion', wie die israelische Regierung behauptet. Die Haltung der Bundesregierung schwächt Palästinenserpräsident Abbas und Ministerpräsident Fayyad. Deutschland wird in der Nahost-Politik immer unglaubwürdiger."
F.d.R. Beate Figgenger
Pressesprecher
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..